



An den Grossen Rat

13.5345.02

PD/P135345

Basel, 18. Dezember 2013

Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2013

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend zerbrochene Gesellschaft und wie man Wähler wieder neu aktiviert

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

"Viele Wähler sagen mir, seit 30 Jahren: "Wir gehen nicht mehr wählen, denn wir können nichts ändern." Darauf sage ich: "Doch, ich bin Grossrat. Sehen Sie, ich bin ins Parlament gewählt worden. Bitte helfen Sie mir."

Daher müssen wir reden. Über den Homo Politicus oder das, was von ihm übrig geblieben ist. Der politische Mensch in der Demokratie hat eine vornehme Aufgabe: Wählen gehen. Doch der Basler Mitbürger ist immer seltener geneigt, diesen Job zu erfüllen. Seine Wahllust leidet unter galoppierender Schwindsucht. Das kann niemand gut heissen, denn bereits am 30. Oktober 2016 wird der neue Grosse Rat gewählt.

Die Wählerinnen und Wähler schwinden in furiosem Tempo. 1984 beteiligten sich noch rund 60 % der Basler an der Grossrats-Wahl, als ich jüngstes Parlamentsmitglied Europas wurde. Bei der letzten GR-Wahl machten nur noch knapp 40 % mit. Der Homo Politicus rennt in die Abseitsfalle.

Doch es kommt noch dicker: Die Wahlverweigerer haben sich nur in einer sozialen Schicht so drastisch vermehrt. Im unteren Viertel. Bei denen, die schlecht verdienen und wenig gebildet sind. Die oberen Klassen gehen seit Jahrzehnten gleichbleibend gern ihre Stimme ab. Der Homo Politicus hat einen luxuriösen Wasserkopf und steht auf ärmlich dünnen Beinen. Und das soll 2016 bei der kommenden GR- und RR-Wahl noch krasser werden. Nur noch 35 % wollen dann ein neues Parlament und eine neue Regierung wählen. Die Zahlen sollten nach ALARM sprechen. Aber nicht viel passiert.

Wir befinden uns in einer zerbrochenen Gesellschaft. Zwei Drittel der Nichtwähler vertrauen weder der Regierung noch dem Grossen Rat noch den Parteien. Sie glauben auch nicht, dass ihre Stimme irgendwie zählt, geschweige denn etwas verändert.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Regierung:

1. Weiss die Regierung, dass es von Jahr zu Jahr immer weniger Wähler werden?
2. Was will die Regierung tun, damit wieder mehr Wähler an die Urnen gehen?
3. Finden z.B. Grossrats-Wahlen im Kanton Aargau statt, so darf jede Partei dem Wahlumschlag ihren Wahlprospekt beilegen. Könnte man bitte auch in Basel einführen, dass jede Partei ein Wahlprospekt pro Wahlumschlag für den Wähler beilegen darf?

Eric Weber"

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Wahlbeteiligung bei den Grossratswahlen 1980-2012 betrug durchschnittlich 41.84%. Sie war mit 45.4% im Jahre 1992 am grössten und mit 38.9% im Jahre 2008 am geringsten. Im Übrigen betrug die Wahlbeteiligung anlässlich der Grossratswahlen 1984 nicht rund 60%, sondern 41.7%, das heisst sie war 0.1% höher ausgefallen als diejenige der letzten Grossratswahlen vom 28. Oktober 2012, welche 41.6% betragen hatte.

Zu Frage 2:

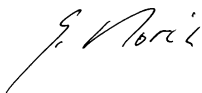
Wie gerade aufgezeigt wurde, sinkt die Stimmbeteiligung bei Wahlen keineswegs, sondern bewegt sich im Rahmen des langjährigen Durchschnitts. Auch die Stimmbeteiligung bei Abstimmungen zeigt ein anderes Bild: So betrug die durchschnittliche Stimmbeteiligung in den Jahren 1962 bis heute 40.76%, währenddem sie zwischen 1980 und heute 44.44% betrug. Die Urnengänge mit den tiefsten Stimmbeteiligungen finden sich denn auch in den Jahren 1973 (12.82%), 1969 (13.68%) und 1962 (13.71%). Die Stimmbeteiligungen bei den bisherigen Urnengängen des laufenden Jahres lagen mit 45.20 – 49.86% zudem durchwegs über dem Durchschnitt der letzten 34 Jahre.

Nichts destotrotz ist der Regierungsrat laufend darum bemüht, die Stimmabgabe zu vereinfachen, indem er etwa die Wahlunterlagen optimiert, bebilderte Erläuterungen erstellt oder die Einführung einfach handhabbarer, maschinenlesbarer Stimm- und Wahlzettel vorschlägt.

Zu Frage 3:

Hierzu verweisen wir auf Anzug David Wüest-Rudin betreffend "Versand von Wahlinformationen durch den Kanton", welchen der Regierungsrat im Frühjahr 2014 ausführlich beantworten wird

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin